

Im Euro-Wahn zum Gipfel

VON JOSEF JOFFE

Der Amsterdamer Gipfel sollte ein Meilenstein in der Geschichte Europas sein: „Maastricht II“, das den ersten Vertrag von 1992, den über die Geldunion, komplettiert und vorantreibt. Europa zu demokratisieren, die Innen-, Rechts- und Außenpolitik zu bündeln, den Staaten ein Stück mehr Souveränität zugunsten der Union zu entreißen – das waren die aufregenden Aufgaben.

Doch den Bürger langweilt es. Wie konnte er schon Maastricht I verstehen, das 250 Seiten umfaßt? Längst starrt er nur noch auf jene Erbschaft von Maastricht I, die ihm für 1999 die Währungsverschmelzung verheißt – dies aber mit wachsendem Unmut. Ignoriert man die geschönten Zahlen der EU, sieht das Meinungsraster der Völker so aus: Wer den Euro kriegen kann, will ihn nicht; wer den Aufnahmekriterien zu weit hinterherhinkt, liebt ihn um so mehr.

Der Euro, das ist derzeit die allesüberschattende Krise Europas. Sie bündelt sich nicht etwa im klassischen Souveränitätsstreit zwischen London und der RestEU, sondern im Euro-Ringkampf der Titanen Frankreich und Deutschland. Die beiden haben die Entnationalisierung der Währungen erfunden. Jetzt versucht jeder den anderen just an jener Stelle auf die Matte zu drücken, welche die nüchternen Skeptiker schon immer als Bruchpunkt vorausgesehen hatten.

Man wird sich in Amsterdam schon einigen, weil in Bonn und Paris panische Angst vor dem Bruch herrscht. „Im Zweifel klammern“, lautet die Devise, auch wenn sie sich immer schwerer beherzigen läßt. Worum geht es den beiden „Achsenmächten“?

Die vordergründige Antwort im Streit um den Euro ist: der eine, Deutschland, will die Stabilität; der andere, Frankreich, die Beschäftigung. Frankreich wird das „Beschäftigungskapitel“ im „Stabilitätspakt“ bekommen, aber die Deutschen werden sich auch durchsetzen. Oder in den Worten des glücklosen Kassenwartes Waigel: kein Kapitel, „das mit mehr Ausgaben verbunden ist“. Ein jeder wird dann aus Amsterdam zurückkehren und dem Heimpublikum verkünden können, daß die heiligen Wünsche der Nation erfüllt worden seien.

Bloß: Der Euro ist damit noch nicht gerettet. Denn der Kampf um Pakt und Kapitel hat erneut die eigentliche Krankheit dramatisiert – den Herzklappenfehler hinter dem Schwächeanfall. Der Euro basiert auf einer schlichten, aber eisernen Logik: Nur wenn alle Mitglieder die gleiche Fiskal- und Finanzpolitik betreiben – nicht nur im Qualifizierungslauf, sondern auch hernach und immerdar – kann das Projekt gelingen. Die Staaten müssen sich stets so verhalten, als wären sie keine mehr: alle einem gemeinsamen Willen untertan, der die gleiche Kon-

junktur- und Geldpolitik diktiert. Kohl beansprucht zwar nicht den Schmidt-Titel „Weltökonom“, aber die Bundesbanker seit Pöhl und Schlesinger haben ihm diese Logik stets einzubleuen versucht.

Nicht um 3,x oder 3,y geht es, und schon gar nicht um Einmaltricks wie die Neubewertung des Maingoldes, sondern um gleiches Tempo und gleiche Richtung für alle. Das aber mögen die Staaten nicht; sie horchen in der wahlentscheidenden Wirtschaftspolitik nach innen und betrachten die Welt durch die Optik ihrer Geschichte und Kultur. Richelieus und Colberts Erben glauben an den Staat; der soll richten – mit noch mehr Auf- und Ausgaben: Deshalb haben sie Jospin gewählt. Die Deutschen glauben auch an den Staat, aber noch mehr verehren sie Währungsdisziplin und jene, die sie im Widerstand gegen Bonn verkörpern: die Bundesbanker.

Kohls Projekt ist hehr und schön, die Selbstbeschränkung deutscher Macht nach der Befreiung von den Fesseln des Kalten Krieges. Aber er hat den Preis unterschätzt. Entweder hätten ihn die anderen Europäer wie Frankreich entrichten müssen, indem sie sich den deutschen Vorgaben an den Euro als D-Mark im Quadrat anpassen. Oder umgekehrt: Die Deutschen akzeptieren den Weg, den die Franzosen gerade mit ihrer Entscheidung für den Etatismus à la Jospin bestätigt haben – Konjunkturpolitik ist wichtiger als Währungsstabilität.

Das läßt sich nicht vereinen, und deshalb wird der Kompromiß von Amsterdam nicht lange halten. Was die nächsten Monate für den Euro noch gefährlicher macht, ist eine zweite Fehleinschätzung des Kanzlers: Er hat geglaubt, den Euro von der Innenpolitik trennen zu können. Eine Zeitlang ist ihm das gelungen. Die Bundesbank hat nur streng kodiert gewarnt; nun landen ihre Brandbriefe der letzten Jahre im *Stern*. Auch wollten die Skeptiker, denen Europa als Ganzes am Herzen liegt, nicht auf der Straße mit den Brunners und Gauweilers, den Haiders und Le Pens gesehen werden. Neuerdings aber wächst die Zone der Legitimität, in der Kritik am Euro ohne Respektabilitätsverlust vorgebracht werden kann. Wer am Euro mäkelte, kann nicht mehr automatisch als Neonationalist oder Europa-Verächter abgestempelt werden.

Gewiß werden Kohl und Chirac den Euro um jeden Preis durchdrücken wollen. Aber welchen Euro? Und sie werden sich spüten müssen, ihre Völker zu überzeugen, die alle vier Jahre doch das letzte Wort haben. Schließlich: Nichts ist schlimmer als der gute Wille, der in Verkennung der Realitäten das Desaster gebiert. Ein Euro, der hinterher zerplatzt, könnte vergiften, was Europa an großen Leistungen schon vollbracht hat.